

## China lockert Kontrolle des Wechselkurses

**PEKING.** Die chinesischen Behörden erlauben den Banken per sofort, den Wechselkurs der chinesischen Währung Yuan (auch Renminbi genannt) gegenüber dem US-Dollar mit Kunden auf der Grundlage der Marktnachfrage auszuhandeln. Das berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf die Währungsaufsichtsbehörde. Der Wechselkurs wird allerdings weiterhin massgeblich vom Interbankenmarkt geleitet, wo die chinesische Zentralbank jeweils mittags einen Wert festlegt, um den der Kurs nur um jeweils 2% nach oben oder unten schwanken darf. Diese Handelsspanne war im März verdoppelt worden.

Laut Beobachtern betrifft die Lockerung vor allem kleinere Kunden der Banken. Für Privatkunden gelten aber weiterhin Beschränkungen, wie viele Dollar pro Jahr gekauft werden dürfen. Grosse Unternehmenskunden bekommen ohnehin schon den Wechselkurs am Interbankenmarkt. «Von den zehn Milliarden Dollar an täglichem Handelsvolumen im chinesischen Interbankenmarkt stammt nur ein kleiner Anteil von der Nachfrage durch individuelle Kunden», sagt Experte Liu Dongliang. Die Lockerung gilt dennoch als weiterer Schritt auf dem Weg zur angestrebten Liberalisierung des Wechselkurses. (dpa)

## Lufthansa will sich neu erfinden

**FRANKFURT.** Die Fluggesellschaften des deutschen Swiss-Mutterkonzerns Lufthansa stehen vor tiefgreifenden Änderungen ihres Geschäftsmodells. Dieses müsse sich den Modellen von Billigfliegern annähern, ohne beim Service nachzulassen, sagte Lufthansa-Vorstand und Swiss-Chef Harry Hohmeister der Touristik-Fachzeitschrift «FVW». Die traditionellen Airlines der Gruppe von Lufthansa über Swiss bis Austrian müssten lernen, selbst mit dem Geschäftsmodell der Tochter Germanwings zu leben, etwa mit weniger Buchungsklassen. Service und Zusatzleistungen müssten stärker auf bestimmte Kundengruppen zugeschnitten werden. Hohmeister gab einen Einblick in strategische Ideen der Konzernleitung, die der neue Lufthansa-Chef Carsten Spohr am kommenden Mittwoch präsentieren will. Mit Germanwings habe Lufthansa eine Lösung für Deutschland, nicht aber für Europa. (dpa)

# Licht in den Rohstoff-Stollen

Zwei internationale Initiativen versuchen mehr Transparenz in die Zahlungen von Minen-Betreibern an Regierungen zu bringen. Doch deren Erfolg wird konterkariert, da es keine ähnlichen Regeln für den Handel mit Rohstoffen gibt.

CHRISTIAN MIHATSCH

**PHNOM PENH.** Während in diversifizierten Volkswirtschaften wie Deutschland und der Schweiz Tausende von Firmen das Volkseinkommen erarbeiten, sind es in den Rohstoffländern nur sehr wenige Firmen oder gar nur eine einzige. Dies erhöht die Gefahr eines Bürgerkriegs: Wie der Ökonom Paul Collier berechnet hat, liegt die Gefahr eines Bürgerkriegs in normalen Ländern bei einem halben Prozent.

In Ländern, die vom Bergbau abhängig sind beträgt sie hingegen 23 Prozent. Aber auch ohne Krieg sind Rohstoffe ein «Fluch». Da nur wenige Kontrolle über die Finanzströme haben, besteht oft ein unwiderstehlicher Anreiz, etwas für sich abzuzweigen.

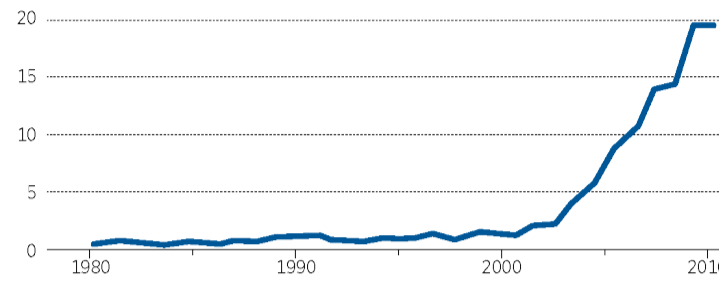
### Zwei Forderungen

Dieses Problem versuchen zwei internationale Initiativen zu bekämpfen: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) verlangt von Regierungen, dass sie alle Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft offenlegen. Und Publish What You Pay (PWYP) verlangt von Bergbauunternehmen, dass sie alle Zahlungen an Regierungen offenlegen. Dadurch entsteht eine Art

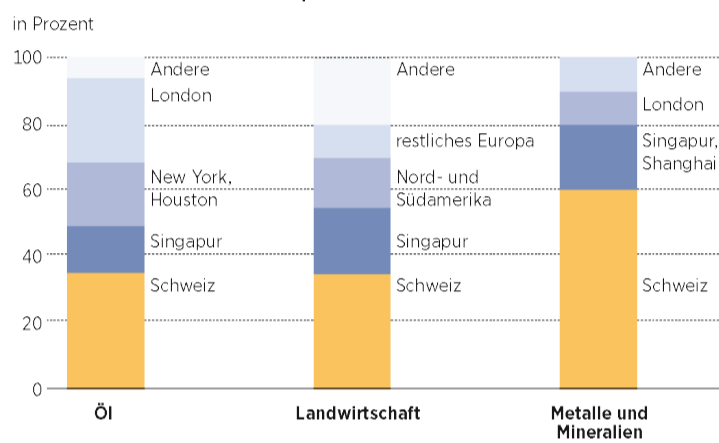
## Gewichtiger Handelsplatz Schweiz

Die Gewinne der Schweizer Rohstoffhändler sind in den vergangenen Jahren markant gestiegen. Zudem wird deutlich, dass die Schweiz in vielen Zweigen der Branche eine starke Rolle im Handel einnimmt.

Gewinn der Schweizer Rohstoffhändler  
in Milliarden Franken



Marktanteile der Rohstoff-Handelsplätze  
in Prozent



Quelle: Financial Times, Grafik: sgt

«doppelte Buchhaltung», die es den Menschen in den Förderländern ermöglicht, ihre Regierungen zu kontrollieren. Gerade hat die deutsche Bundesregierung nun beschlossen, EITI beizutreten.

«Wir sind uns bewusst, dass Deutschland nicht zu den grossen Rohstoffländern gehört, für die EITI ursprünglich geschaffen wurde. Die Stärkung von EITI liegt aber in unserem strategischen Interesse», sagt Uwe Beckmeyer, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

### Massnahmen angestossen

Nicht nur von symbolischer Bedeutung sind hingegen zwei Massnahmen, die von PWYP angestossen wurden: Im Gesetz zur Neuordnung der US-Finanzindustrie nach der Finanzkrise von 2008 versteckt sich ein Paragraph, der alle in den USA börsenkotierten Rohstoffkonzerne dazu zwingt, ihre Zahlungen, Land für Land und Projekt für Projekt, offenzulegen. Und seit letztem Jahr besteht eine EU-Verordnung, die das gleiche für grosse europäische Rohstoffkonzerne vorsieht, egal ob diese börsenkotiert sind oder nicht. Ähnliche Regeln gelten zudem in Hongkong und Australien,

während in Kanada ein entsprechendes Gesetz noch beraten wird. Damit sind rund drei Viertel aller privaten Rohstoffkonzerne der Welt abgedeckt.

### Schweiz nicht EITI-Mitglied

Trotzdem ist der Kampf gegen Korruption im Rohstoffsektor noch nicht gewonnen, denn der Handel mit Rohstoffen ist noch weitgehend unreguliert. Zentral ist hier die Schweiz. Rund 45 Prozent des weltweiten Rohstoffhandels läuft über die Schweiz (siehe Grafik) und fünf der zehn grössten Rohstoffhändler der Welt haben ihren Hauptsitz in der Schweiz oder managen von dort ihr Geschäft. Doch wie der Schweizer Bundesrat mitgeteilt hat, wird «auf eine Ausdehnung der Regelung (zur Transparenz im Rohstoffsektor) auf den Rohstoffhandel mit staatlichen Stellen einstweilen verzichtet.»

Dabei ist sich die Schweizer Regierung durchaus bewusst, dass das Land «als international führender Rohstoffhandelsplatz eine besondere Verantwortung» trägt. Die Erklärung von Bern, eine Nicht-Regierungsorganisation, nennt die Position des Bundesrats denn auch «schizophren».

# Oligarchen provozierten Chaos

Gezielt geschürte Sparer-Panik hat Bulgariens Bankensystem an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Hinter den Turbulenzen steht ein Konflikt der mächtigsten Oligarchen des Landes.

THOMAS ROSER

**SOFIA.** Die langen Schlangen vor den Banken sind verschwunden. Die milliardenschwere EU-Intervention zur Stabilisierung von Bulgariens Banksektor zeigt die erhoffte Wirkung. Gezielt geschürte Pleitegerüchte hatten Ende Juni zwei der grössten heimischen Banken an den Rand der Insolvenz gebracht.

### Aus dem Ruder gelaufen

Regierung und die meisten Medien machen schwammig nicht näher genannte «kriminelle Kreise» für die Attacken verantwortlich. Dabei tragen die mutmasslichen Schlüsselfiguren des mysteriösen Schmierens durchaus bekannte Namen: Zwei einst verbandelte und nun verfeindete Oligarchen sowie ein mächtiger Politpate sollen im Zentrum des aus dem

Ruder gelaufenen Verteilungskampfs stehen.

Am Telefon wollen sich selbst westliche Banker über den Kundenansturm auf die Filialen der First Investment Bank (Fibank) und der Corporate Commercial Bank (Corpbank) lieber nicht äussern. Normale Finanzinstitute seien die Banken mit den exorbitanten Wachstumsraten keineswegs, erklärt eine Finanzfachfrau ihre Abhörängste. Zu Bankern und Geschäftsleuten mutierte Wendegewinnler saugten dank enger Politik- und Geheimdienstkontakte staatliche Mittel zur Finanzierung der eigenen Geschäfte ab. Ihr Streit um Geld und Macht habe das Land nun an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gebracht: «Deren ist völlig egal, was passiert. Denn die Zeche haben ohnehin immer andere zu bezahlen.» Mit der als Partei der

türkischen Minderheit geltenden DPS steht eine Regierungspartei früherer Geheimdienstler im Mittelpunkt der Turbulenzen. Ihr Gründer und früherer Chef Ahmed Dogan gilt bis heute als einer der mächtigsten Strippenzieher im Land: Manche wittern in ihm gar den Regisseur des Bankendramas. Sein bekanntester Zögling, der DPS-Abgeordnete Deljan Peevski, ist Medienmogul: Seine später widerrufenen Ernennung zum Geheimdienstchef löste einst heftige Proteste gegen die Koalition der sozialistischen BSP mit der DPS aus.

### Aus Symbiose wurde Feindschaft

Peevski war mit Corpbank-Chef Zvetan Wassilew lange in einträglicher Symbiose vereint. Doch ihre Freundschaft wandelte sich Ende 2013 in Feindschaft. Anfang Juni leitete die Justiz Ermittlungen gegen Wassilew we-

gen angeblicher Pläne zur Ermordung seines Widersachers ein. Wenige später kam es in Varna zu einem ersten Kundenturm auf eine Corpbank-Filiale, dem Peevskis Medienkonzern rasch zu landesweiter Verbreitung – und Domino-Effekt – verhalf. Die Nationalbank hat inzwischen die Kontrolle über die von Zwangsverstaatlichung bedrohte Bank übernommen.

Über die Hintergründe des durch mysteriöse SMS-Botschaften ausgelösten Kundensturms auf die Fibank kursieren diverse Spekulationen. Eine These spricht von einer Retourkutsche von Peevski-Gegnern auf die Bank, bei der Peevski grosse Anlagen besessen habe. Andere glauben, dass die Bank Opfer geschürter Kundenpanik wurde, weil sie Peevski nach dessen Bruch mit Wassilew gewünschte Grosskredite verweigert habe.

## Google sperrt E-Mail-Irrläufer

**NEW YORK.** Auf Ersuchen der US-Investmentbank Goldman Sachs hat der Internetkonzern Google ein falsch adressiertes E-Mail der Bank mit hochvertraulichen Kundendaten blockiert. Google zufolge hat der Empfänger des Mails bisher nicht auf dessen Inhalt zugegriffen. Damit liege auch keine Verletzung des Datenschutzes vor. Wie viele Kunden betroffen waren, sagte Goldman Sachs nicht. Die Bank hatte sich am vergangenen Freitag zunächst an ein Gericht in New York gewandt, um Google zur Blockierung des Mails zu zwingen. Der Gerichtsentscheid steht noch aus. Ein Mitarbeiter einer Vertragsfirma von Goldman Sachs hatte das Mail aus Versehen an eine falsche Adresse geschickt. Laut der Bank wollte der Mitarbeiter das Mail an einen firmeneigenen Account mit der Domain gs.com schicken. Tatsächlich landete das Mail aber über gmail.com auf einem Google-Account. (rtt)

Anzeige

Wir gratulieren unseren beiden Partnern Rechtsanwalt lic. iur. HSG Jürg Bereuter und Rechtsanwalt lic. iur. Thomas Schönenberger, LL.M., zum erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zum Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht.



**Jürg Bereuter**, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt, Fachanwalt Bau- und Immobilienrecht, berät Unternehmen, Gemeinden und Privatpersonen in allen Fragen des Bau- und Immobilienrechts. Das Schwergewicht liegt dabei im öffentlichen Planungs-, Bau- und Umweltrecht sowie in der Begleitung und Betreuung von Hochbauprojekten von der Planung bis zur Realisation.



**Thomas Schönenberger**, lic. iur., LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht, berät Unternehmen sowie Privatpersonen und prozessiert in allen Bereichen des Bau- und Immobilienrechts. Sein Fokus liegt dabei auf der Begleitung von Immobilientransaktionen sowie auf Werkverträgen, insbesondere General- und Totalunternehmerwerkverträgen. Weiter begleitet er Unternehmenstransaktionen und Nachfolgeregelungen, mit besonderem Schwerpunkt auf Familienunternehmen.

**Basel**  
Lange Gasse 15  
CH-4052 Basel  
Telefon +41 58 258 19 00  
Fax +41 58 258 19 99  
basel@bratschi-law.ch

**Bern**  
Bollwerk 15  
Postfach 5576, CH-3001 Bern  
Telefon +41 58 258 16 00  
Fax +41 58 258 16 99  
bern@bratschi-law.ch

**Lausanne**  
Avenue Mon-Repos 14  
Case postale 5507, CH-1002 Lausanne  
Telefon +41 58 258 17 00  
Téléfax +41 58 258 17 99  
lausanne@bratschi-law.ch

**St. Gallen**  
Vadianstrasse 44  
Postfach 262, CH-9001 St. Gallen  
Telefon +41 58 258 14 00  
Fax +41 58 258 14 99  
st.gallen@bratschi-law.ch

**Zug**  
Industriestrasse 24  
CH-6300 Zug  
Telefon +41 58 258 18 00  
Fax +41 58 258 18 99  
zug@bratschi-law.ch

**Zürich**  
Bahnhofstrasse 70  
Postfach 1130, CH-8021 Zürich  
Telefon +41 58 258 10 00  
Fax +41 58 258 10 99  
zuerich@bratschi-law.ch

**bratschi  
wiederkehr  
& buob**

Bratschi Wiederkehr & Buob AG  
www.bratschi-law.ch